



# FreibÄrger

## Freibergs alternative Zeitung

### Inhalt

Preis: 1/2 EURO

Nummer 38

Mai/Juni 2004

#### Seite 1-2

Freiberg gegen Sozialabbau

#### Seite 2-5

Armut auf breiter Front

#### Seite 5

Zwangsumsiedlungen

#### Seite 6-7

Frische Nazis in Freiberg  
und vor Gericht

#### Seite 8

Radio Darmstadt: Ehren-  
wertes Freiberg

#### Seite 9-10

Frauen in die Parlamente

#### Seite 10-11

Leserbrief

#### Seite 11-12

Tootsies & Boggle

### Editorial

*Der Mai ist gekommen, die Parteien schlagen aus und kriechen aus ihren Winterverstecken zu Wahlkampfzwecken hervor. Die braune Partei Wahlrummelte als erste in Freiberg. Rassistisch wie gehabt: Ausländer sollten gefälligst ihre Praxisgebühren zahlen, verkündeten Nazibengels auf Papp-schildern. In ihrer Wahlkampfzeitung wird der Beitritt von zehn Ländern zur EU als "Gefahr" verteuftelt. Die Brandstifter aus Freiberg, schon mal als Wahlkampfhelfer für die NPD aufgetreten, sind abgeurteilt. Sie haben 5 Jahre Residenzpflicht im Knast - und das muss sein! Auf einige Resonanz stößt der Kampf gegen Sozialabbau. Hier dürfte der Frühling noch etwas nachhelfen und manche Reform sich als etwas ganz Anderes entpuppen. Eine flügge gewordene Protestbewegung wäre mehr als wünschenswert!*

*Die Redaktion des FbÄ*



### Freiberg demonstriert gegen Sozialabbau

[nry] „Treibt die Republik zur Zeit Richtung Weimar? Schemenhafte Schatten tauchen als Parallelen vereinzelt auf: Vier Millionen Arbeitslose. Soziale Unrast. Klassenkampf-Parolen. Uneinigkeit im bürgerlichen Lager Zuwachs links der SPD.“ Hirngespinnste übereifriger linker Intellektueller? Nein! Die Parallelen zeigen sich ganz deutlich. Obiges Zitat stammt aus der „Blöd“-Zeitung vom 17. April. Selbst die können es nicht verschleiern. Steuerreform zu Ungunsten der Kleinverdiener: Bildungsabbau, Rentenkürzung, Gesundheits-“reform“, Zusammenlegung von Arbeitslosen – und Sozialhilfe ..und .... und.... Der bundesdeutsche Kapitalismus ist nicht mehr in der Systemauseinandersetzung gebunden, die freie Ausbeutung á la Amerika ist nun möglich. Billigjobs, Zwangsarbeit für Arbeitslose, Abbau der Sozialleistungen, aber wachsendes Militärbudgets. Man ist wieder wer. „Freiheit und Demokratie“ verteidigt man am Hindukusch. Her mit dem kolonialen Stück Ku-

chen. 1919 und 1939 hat man es vergeigt. Nun auf ein Neues. Und die Bürger? Otto Normalverbraucher? Gewerkschaften? Schwere Sache! Sind es doch nicht die Schwarzen, die uns zur Zeit beschießen. Die Sozialdemokraten machen wieder mal die Drecksarbeit fürs Kapital. So langsam wird „Mensch“ aber rebellisch. Und die Gewerkschaften beginnen sich zu regen. Der 3. April hat es gezeigt. Messen müssen wir die Herren Sommer und Co. aber nicht an markigen Worten, sondern an ihren zukünftigen Taten. In Freiberg existiert seit November 2003 ein „Runder Tisch gegen Sozialabbau“. In ihm sind Sozialverbände, Linke Parteien und vor allem auch Jugendgruppen vereint. Stand in den ersten Wochen die Selbstfindung und Verständigung untereinander im Vordergrund, wurde Anfang 2004 die Aufklärungsarbeit in den Vordergrund gestellt. Infotische, Veranstaltungen mit Experten standen im

Mittelpunkt der Arbeit. Von der Jugend kam der Vorschlag auch in unserer beschaulichen, sächsischen Idylle eine Demo durchzuführen. Erstmal Schock. Dann aber wurde geplant. Schnell war man sich einig, den Zusammenhang der zentralen Gewerkschaftsaktionen zu unserer Demo klar heraus zu stellen. Tausende Flugblätter wurden verteilt, Bekannte angesprochen und doch stellte sich nun heraus, wir haben nicht alle Freiburger erreicht. Am 17. April, einem schönen Frühlingstag, war es dann soweit. Gut 100 Menschen im Alter von 10 – 80 Jahren trafen sich am BrauhoF. Unterwegs kam richtig Stimmung auf. Raseln, Trillerpfeifen weckten Freiberg auf. Es schlossen sich sogar noch spontan Menschen an. Am Rathaus erfolgte dann die Abschlusskundgebung, vor fast 150 Leuten. Vertreter der Gewerkschaft, der Volkssolidarität und GBM sprachen zu den Versammelten und auch Schüler und

ein Student sagten ihre Meinung. Umrahmt wurde die Kundgebung durch Gedichte von Tucholsky und Weinert, geschrieben 1930. Parallelen zum Ende der Weimarer Republik? Ja, beklemmend und deutlich. 48 Stunden vor unserer Kundgebung stand an der selben Stelle ein Infostand der NPD, 48 Stunden nach uns stehen sie wieder eine Woche lang, Tag für Tag. Schöne Demokratie! Das Kapital droht mit seinen braunen Banden. Ausgeklungen ist der Tag mit einer Kranzniederlegung am Thälmann – Denkmal, zu seinem 118. Geburtstag. Deutlich mehr Bürger unserer Stadt als in den letzten Jahren nahmen daran teil. Wir hätten mehr sein können, ja müssen! Aber es war ein Anfang und jeder Erfolg muß irgendwann erstmal anfangen! Für ein gerechtes Leben kann man getrost auf die Agenda 2010 und ihrer kapitalistischen Logik verzichten.

**Dokumentation**

Schülerbeitrag auf der Freiburger Demo vom 17. April

*Hallo Freunde/Freundinnen, Mitkämpfer/innen  
Ich bin Alex vom Rüleingymnasium  
"Raus aus der Scheisse, rauf auf die Barrikaden"  
war die Parole von zahlreichen Jugendlichen in Berlin am 3. April. Die Gewerkschaften hatten aufgerufen in Berlin, Stuttgart und Köln mit ihnen gegen den Abbau der Sozialleistungen, gegen den Sparkurs der öffentlichen Haushalte, gegen die Kürzungen an Schulen*

*und Universitäten und gegen die Privatisierung der medizinischen Versorgung zu kämpfen. „Aufstehen, damit es besser wird!“ Uns Jugendlichen und jungen Erwachsenen reicht das Streichorchester der Regierenden und wie am europäischen Aktionstag gegen Sozialabbau rufen wir auch heute: „Ya Basta“ und fordern „Wir wollen alles“!*



*In den Staat, der Umstrukturierungen und Privatisierungen betreibt und die Ausgrenzung breiter Teile der Gesellschaft vom bestehenden Reichtum organisiert, setzen wir keine Hoffnung. Es ist ein Trugschluss, mit appellativen Forderungen an den Staat so zu tun, als ob er für uns da wäre. Soziale Rechte werden erkämpft, nicht erbettelt. Widerstand muss da ansetzen, wo er den Sozialräubern weh tut. Widerstand muss ungebührlich, unversöhnlich und maßlos sein. Wir wollen alles: Das heißt für uns, dass wir nicht länger hinnehmen wollen, dass Menschen an ihrer Verwertbarkeit gemessen werden. Das bedeutet für uns, dass wir auf der Seite derjenigen stehen, denen noch nicht mal die minimalsten Rechte, zum Beispiel ein legaler Aufenthaltsstatus gewährt wird. Wir stehen auf Seite derer, die so in die Illegalität gedrängt werden. Wir werden nicht schweigend zuschauen, wenn am 24. April unsere ausländischen Mitbürger/innen aus ihrem Heim am Freiburger Bahnhof zwangsgeräumt werden. Alle haben das Recht auf ein schönes Leben und wir wollen nicht darauf warten, dass es jemand anderes für uns nach seinen Vorstellungen einrichtet.*

*Wir wollen alles und jetzt!*

## Armut auf breiter Front



[gekürzter Beitrag von Guido Grüner aus der Arbeitslosenzeitung Quer vom Februar 2004] Der 1. Januar 2005 wird zum großen Verfallstag für soziale Leistungen. Mit dem neuen Alg II will sich der Bund auch von den Kosten der Massenerwerbslosigkeit befreien. Das Manöver geht zu Lasten der Erwerbslosen und der politischen Handlungsspielräume der Kommunen. Mit der Abschaffung der Arbeitslosenhilfe entfällt eine Leistung, die seit Anfang der 1990er Jahre bei ständig wachsender Massenar-

beitslosigkeit immer wichtiger geworden war. Von durchschnittlich 759.187 im Jahr 1993 wuchs die Zahl der Personen mit Arbeitslosenhilfe-Bezug auf zuletzt 2.034.062. Zugleich stieg der Anteil der Arbeitslosenhilfe-Beziehenden von 28,7% auf knapp 50%. Da die Arbeitslosenhilfe überwiegend aus Steuermitteln des Bundes finanziert wird, wuchs somit auch die vom Bund getragene Last der Massenarbeitslosigkeit. Für den Bund geht es folglich auch dar-

um, sich dieser Last mehr und mehr zu entledigen: Schon durch die Senkung der Krankenkassenbeiträge für Arbeitslosenhilfe-Beziehende wurden dreistellige Millionenbeträge auf die Beitragszahler abgeschoben, und die geringeren Rentenbeiträge bei der Arbeitslosenhilfe entlasten den Bundeshaushalt auf Kosten einer verschärften Altersarmut und einer reduzierten Altersgrundsicherung. Die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe wird nun zusätzlich den Kommunen ge-

waltige Kosten aufbürden. Allein in der Ruhrgebietsstadt Herne werden die Mehrausgaben zwischen 6,5 und 10,5 Mio. Euro jährlich betragen. Im niedersächsischen Oldenburg rechnet die Stadtverwaltung für 2005 mit 1,5 Mio. Euro Mehrausgaben. (Nord-West-Zeitung, 16.2.04)

Entgegen der Regierungspropaganda, wonach die „Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und SoziArbeitslosenhilfe“ Kommunen entlasten soll, werden die Kommunen nun in erheblichem Umfang zu Trägern und Finanziers der Leistungen der „Grundsicherung für Arbeitssuchende“. Die Bundesagentur trägt - die Regelleistung (RL) des Alg II für Lebensunterhalt, Bekleidung, Wohnungseinrichtung, Teilhabe am gesellschaftlichen Leben (345 bzw. 331 Euro - West/Ost) bzw. die anteiligen Beiträge für Haushaltsangehörige und Kinder. Dazu zählen: Mehrbedarf für werdende Mütter (17% der RL), Allein Erziehende (36% der RL bis drei Kinder, 12% mehr ab 4. Kind, höchstens 60%) sowie für erwerbsfähige Behinderte (35% der RL) sowie für kostenaufwendige Ernährung auf Grund von Krankheit; Leistungen zur beruflichen Förderung; das, was heute beim Arbeitsamt bekannt ist (ABM, Lohnkostenzuschuss, Bewerbungskosten, Trainingsmaßnahmen, berufliche Bildung, „Ich-AG“ usw.) gilt in Zukunft nur noch als „kann“-Leistung; das „Einstiegs geld“ (ein für eine gewisse Zeit gezahlter Zuschlag zur Regelleistung, wenn ein Niedriglohnjob angenommen wird). Die Kommune hingegen trägt die Kosten für „angemessene“ Unterkunft und Heizung, die regional unterschiedlich pauschaliert werden können; die Erstausstattung der Wohnung (einschließlich Hausrat) sowie die Erstausstattung mit Bekleidung (auch für Schwangerschaft und Geburt), die auch pauschal oder als Sachleistung erbracht werden

können; mehrtägige Klassenfahrten. Die Kommune kann (muss aber nicht) Kosten für weitere Leistungen zur Eingliederung in das Erwerbsleben tragen wie Betreuung minderjähriger oder behinderter Kin-



das Jahr 2005 mit knapp 3,1 Mio. erwerbsfähigen Arbeitssuchenden in insgesamt 2,1 Mio. Alg II-Haushalten. Die Kommunen werden zwar von den Regelleistungen der bisherigen erwerbsfähigen SoziArbeitslosenhilfefebeziehenden entlastet, müssen aber in Zukunft die Unterkunftskosten der ehemaligen Arbeitslosenhilfe-Beziehenden (und von deren Haushaltsangehörigen) tragen. Die Nettobelastung der Kommune durch das Alg II ist am größten, wenn nur wenige „ihrer“ SoziArbeitslosenhilfefebezieherInnen ins Alg II wechseln, sie aber vielen ehemaligen Arbeitslosenhilfe-BezieherInnen die Unterkunft zahlen muss. Dies trifft v.a. die neuen Bundesländer.

#### **Umverteilung zu Lasten der Kommunen**

Die Agenturen für Arbeit können die Kosten für die Regelleistung des Alg II durch provozierte Sperrzeiten („Verfolgungsbetreuung“) senken. Den Kommunen bleibt als Mittel zur Kostensenkung lediglich der Weg, die Kostenübernahme für Unterkunft und Heizung zu drosseln. Aus Sachsen wurde z.B. von der Forderung von Kommunen berichtet, für das Alg II eine Unterkunfts-pauschale von 50 Euro festzusetzen. Absehbar sind Mietschulden, Obdachlosigkeit, Billigst- und Elendsquartiere, Armenvertreibung usw.. Die Kommune kann sich entscheiden (bei Zustimmungspflicht der obersten Landesbehörden), die Grundsicherung für Arbeitssuchende ganz zu tragen. Bis zum April 2004 sollen nähere Einzelheiten in einem eigenen Bundesgesetz geregelt werden; das betrifft auch die Regelung von Pauschalen für Bedarfsgemeinschaften, „aktivierende“ Leistungen, Verwaltungskosten sowie die Kooperationsmöglichkeiten zwischen Kommune und Agentur oder was zu tun ist, wenn auf dem Gebiet einer Gebietskörperschaft (z.B. Landkreis) bisher zwei Arbeitsämter zuständig waren. In dieser Debatte finden sich einige Anhaltspunkte

der oder häuslich gepflegter Angehöriger; Schuldner-, psychosoziale oder Suchtberatung; darlehensweise Mietschuldenübernahme, wenn bei drohender Wohnungslosigkeit eine konkrete Arbeitsaufnahme verhindert würde; Mietschuldenübernahme per Zuschuss oder Darlehen zur Sicherung der Unterkunft. Werden Einkommen oder Vermögen der „Hilfebedürftigen“ (das sind alle im Haushalt lebenden Personen, auch die/der ggf. 40 Std. Arbeitende) auf die Leistungen der Grundsicherung angerechnet, mindert das zuerst die Geldleistungen der Agentur für Arbeit. Nur wenn die Anrechnung über den dem Bund zuzurechnenden Teil hinausgeht, wird auch die Kommune entlastet. Eine Prognose des Wirtschafts- und Arbeitsministeriums (BMWA) rechnet für

te dazu, wie „Aktivierung“ von Alg II-BezieherInnen aussehen soll. Dabei wird zwischen der so genannten „Aktivierungsquote“ (d.h. dem Prozentsatz der betroffenen Personengruppen) und dem durch-

gefunden wird. Vielmehr besteht der Verdacht, dass das BMWA bereits bewusst damit kalkuliert, dass Maßnahmen für diese Arbeitslosengruppe nur schikanös genug gestaltet werden müssen, um ei-



schnittlichen Aufwand je MaßnahmeteilnehmerIn unterschieden. Auffällig ist dabei, dass die „Aktivierungsquote“ bei den Jungerwachsenen zwischen 15 und 24 Jahren nur 52% betragen soll. Diese Arbeitslosen sollen laut Gesetz „unverzüglich nach Antragstellung in eine Arbeit, eine Ausbildung oder eine Arbeitsgelegenheit (vermittelt werden).“ (§ 3,2 SGB II) Es ist kaum zu glauben, dass wirklich erwartet wird, dass für 48% die-

nen erheblichen „Schwund“ erreichen zu können - zurück zu Eltern, in Schwarz- oder Gelegenheitsjobs. Die durchschnittlichen Maßnahmekosten je TeilnehmerIn sagten bei näherer Betrachtung viel über die spärliche Qualität der ins Auge gefassten Aktivierungsmaßnahmen aus.

**Aktivierung durch Verarmung**

Bis Oktober 2003 hieß es noch, Erwerbslosen solle bei zusätzlichen Erwerbseinkommen ein Freibetrag in Höhe von 20% der Regelleistung (ca. 68 Euro) bzw. von mehr als 15 Cent von jedem Euro anrechnungsfrei verbleiben. Nunmehr haben die Berliner Parteien solchem „Großmut“ ein Ende gemacht. Beim Alg II bleiben Erwerbstätigen bei einem Brutto-lohn bis 400 Euro 15%, vom bereinigten Nettoeinkommen, 30% bei einem Einkommen von 400 bis 900 Euro und 15% bei einem Einkommen zwischen 900 und 1.500 Euro. Wer heute bei Arbeitslosenhilfe-Bezug 300 Euro dazu verdient, darf davon in der Regel 165 Euro für sich behalten; beim neuen Alg II sind es nur 45 Euro. Wenn jetzt jemand 35 Euro durch Zeitungsaustragen dazu verdient, kann er/sie diese Summe komplett behalten. In Zukunft, bei Alg II, muss alles bis auf 5,25 Euro abgeführt werden. Ein weiteres Beispiel: Ein Brutto-Verdienst

von 900 Euro entspricht ca. 703 Euro netto (bei St.-Kl. III). Von den ersten 400 Euro dieses Einkommens behält man mit Alg II-Bezug 60 Euro (15%), von den weiteren 303 Euro bleiben 90,09 Euro (30%). Insgesamt kommt man auf 150,09 Euro. Bei einem Einkommen von 1.500 Euro brutto würde der Freibetrag um gerade noch 70 Euro steigen, obwohl der Nettoverdienst um ca. 480 Euro zunimmt. An dieser Freibetragsregel sind die Grundprinzipien des SGB II gut abzulesen: Ziel des Gesetzes ist es, den Umfang der Hilfebedürftigkeit zu verringern, daher wird Einkommen auf die gezahlte Leistung hart angerechnet. Arbeitsverhältnisse im Niedriglohnbereich sollen gefördert werden, daher ist im Bereich bis 900 Euro brutto der vergleichsweise günstigste Einkommensfreibetrag zu finden. Und: „Man soll sich nicht in der Arbeitslosigkeit einrichten.“ Daher entfällt der Grundfreibetrag der heutigen SoziArbeitslosenhilfelfe bzw. der 165-Euro-Freibetrag der Arbeitslosenhilfe. Über den Druck auf Erwerbslose bzw. deren materielle Not sollen nicht zuletzt noch bestehende Arbeitsmarktregularien gekippt werden. Dagegen hilft - so traurig das ist - auch keine Tarifautonomie. Vielmehr müssen gesellschaftliche Standards zu Einkommen und Arbeitsbedin-



ser Arbeitslosen bei Meldung zum Alg II sofort eine Arbeit auf dem freien Markt



Mit Herkules gegen Sozialabbau

gungen durchgesetzt werden, die ihrerseits sicherstellen, dass Tarife nicht immer weiter in den Keller gedrückt werden. Auf der Tagesordnung steht ein gesetzlicher Mindestlohn in ausreichender Höhe sowie der Widerstand gegen die Deregulierung aller Lebens- und Arbeitsverhältnisse.



*DGB-Chef Sommer bereitet sich auf seine Rede vor. Dass auf der Berliner Tribüne die SPD-Reform-Propagandistin Engelen-Kiefer auflaufen durfte, war eine Provokation, die sich der DGB nicht verkneifen konnte.*

## Das kann doch nicht alles gewesen sein...



### ...das bißchen Prinzen und Kunze-Gegrein'!

Die Prinzen brüllten ihre Version der Nationalhymne, Heinz-Rudolf Kunze spielte den Vertriebenen und wünschte am Ende viel Spaß. Genauso muss mensch sich den Kampf gegen Sozialabbau vorstellen: ein Lachen wird die Lüge von der Reform wie ein Kartenhaus zusammen brechen lassen. Oder? Wir arbeiten daran!

# Zwangsumsiedlung von Asylbewerberinnen

[nry, fbä] Am 24. April wurde das Asylbewerberheim am Bahnhof in Freiberg geräumt. Den Beschluß fasste der Kreistag bereits im Januar diesen Jahres, auch mit den Stimmen der sonst oppositionellen PDS. Erst wenige Tage vor dem Termin wurden die Menschen über diesen Verwaltungsakt im Heim informiert. Daraufhin folgten Proteste der Betroffenen, Demo bis hin zum Hungerstreik. Die zuständigen Behörden reagierten mit Strafandrohungen und eiskalter Härte. Die Lebenssituation der ausländischen Mitbürger verschlechtert sich jetzt noch weiter. Ohne persönliche Schicksale und eventuelle Erkrankungen zu berücksichtigen, werden nun mehrere Personen in ein Zimmer gepfercht.. Hatte im alten Heim jedes Zimmer einen Sanitärtrakt, so stehen in der Chemnitzer Straße nur eine Dusche und eine Toilette pro Etage zur Verfügung. Die Menschen, die nach Helbigsdorf zwangsumgesiedelt wurden, sind noch schlimmer dran. Die Unterkunft ist darüberhinaus ca. 20 km von dem alten Wohnsitz Freiberg entfernt. Das Taschengeld für notwendige Bus-

fahrten wurde selbstverständlich nicht erhöht. Jeder Deutsche bekäme Ärger mit dem Tierschutzbund, würde er sein Haustier so behandeln wie der Landkreis Freiberg seine Asylbewerber. Der Lokalredakteur der "Freien Presse", Uwe Kuhr, wollte seinen LeserInnen den Zwangsakt als friedlichen Umzug verkaufen, obwohl den betroffenen ausländischen MitbürgerInnen bei Zuwiderhandlung unmittelbarer Zwang (Haft usw.) angedroht wurde. Der Ermessungsspielraum lag bei

der unteren Ausländerbehörde, deren Interessen von Zinkler, Schöne und der neuen Sozialamtsleiterin Helbig vertreten wurden. Die Asylbewerber wollen keine Sonderrechte, sondern sie einfach nur wie normale Menschen behandelt werden. Warum bei dem großen Leerstand von Wohnungen in Freiberg keiner auf die Idee kam, den Menschen Wohnungen anzubieten, wie das beispielsweise in Zwickau praktiziert wurde, untersteicht mal wieder, dass die Weltof-



*Helbig, Zinkler und Schöne (re., verdeckt) in Aktion*

fenheit Freibergs bloße Marketing-Strategie ist. So bleibt noch der Wunsch, den umherschweifende Bürger(innen) am Samstag in der Bahnhofstraße äußerten, dass Zinkler, Schöne und Helbig irgendwann ein Schreiben erhalten, in dem ihnen ihre fristlose Kündigung von heute auf morgen mitgeteilt wird. Soetwas soll es ja geben!

++BI „Kein Nazi-Zentrum in Gränitz und auch nicht anderswo!“ - "FreibÄrger Jugendinitiative 'Buntes Leben'- Infos++



Neben Uwe Schiffler und Sven Pietzsch und Michael Kermroth zeigte sich besonders der bundesweit bekannte NPD-Funktionär Sascha Wagner (rechts außen) sehr aktiv.

## Neo-Nazis pur!

[fbÄ; ray; cl] Wie in kaum einer anderen Stadt konnten sich seit Mitte April die Kameraden der neonazistischen NPD in Freibergs Fußgängerzone tummeln. Einzig der Besuch des amerikanischen Botschafters vertrieb die braunen Buben und Mädels, die unter der Aufsicht von Kreisvorstandsmitglied Sandro Kempe ihre volkstümlichen und rassistischen Pamphlete unter die Bevölkerung brachten. Während des Aufenthalts des Diplomaten wurde anstatt des NPD-Standes flugs eine Verkaufsbude mit erzgebirgischer Volkskunst aufgestellt. Am nächsten Tag war die Nazijugend wieder da. Während ihr Leithammel Günter Deckert bei seinen Auftritten im "goldenen Westen" massiv gestört und behindert wurde, feixten die kahlköpfigen Bengel am Rande des Freiburger Rathauses nach eigenem Belieben. Als der FreibÄrger von der Anmeldung eines NPD-Standes aus in der Regel gut informierten Kreisen erfuhr, informierte er in einem FAX auch den Verein "Initiative gegen Extremismus" und bat um Auskunft darüber, was die Vorsitzenden des Vereins, namentlich Landrat Uhlig und OBin Dr. Uta Rensch, denn gegen diese extremistischen Umtriebe zu tun gedenken. Die schnelle

Reaktion hat niemanden wirklich überrascht: es kam natürlich keine Antwort. Lediglich das "Netzwerk Sachsen gegen Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit und Gewalt" antwortete prompt (siehe Dokumentation). Beim ersten Wahlkampf-Auftritt der Jung-NPD-ler fanden sich eine handvoll Schüler-innen und Punks, die gegen die braune Propaganda protestierten. Der CDU-Kreistagsabgeordnete und Mitglied des Vereins "Initiative gegen Extremismus", der frühere Oberbürgermeister Konrad Heinze soll einmal verlegen den Obermarkt gekreuzt haben. Aber bei ihm kann eine antifaschistische Grundeinstellung nicht zwingend vorausgesetzt werden. Die Polizei war natürlich uniformiert und zivil verdeckt vor Ort - man kennt sich inzwischen. Niemand hinderte die Neo-Nazis daran, ein gutes Stück öffentlichen Raums für sich zu beanspruchen. Mit breitem Grinsen feixten sie hinter ihren Pappschildern. Einige von ihnen wurden sogar die Wahlkampfzeitung der NPD zum Europawahlkampf los. Aber so brav wie die Neo-Nazis ihren öffentlichen Auftritt organisierten - zeitweilig waren über 20 Kameraden in der Innenstadt unterwegs - sind sie in Wirklichkeit nicht. Die drei



Michael Kermroth, Anmelder Regionalbüros Görlitz, Wurzen und Dresden von "AMAL – Hilfe für Betroffene rechter Gewalt in Sachsen" zählten im Jahr 2003 141 rechte Übergriffe mit 194 direkt Betroffenen. Die überwiegende Anzahl der Übergriffe sind Körperverletzungsdelikte. Betroffenen-Gruppen sind vor allem Nichtdeutsche und alternative bzw. nichtrechte Jugendliche, aber auch Obdachlose, Behinderte und Homosexuelle. Die Gefahr, die von Neo-Nazis ausgeht, wird inzwischen vielschichtiger. Der Straßenterror dumpfbackiger Kahlköpfe geht ungehindert weiter, parallel dazu versuchen ansehlich gescheiterte Neonazis, eine neue



++BI „Kein Nazi-Zentrum in Gränitz und auch nicht anderswo!“ - "FreibÄrger Jugendinitiative 'Buntes Leben'- Infos++

++BI „Kein Nazi-Zentrum in Gränitz und auch nicht anderswo!“ - "FreibÄrger Jugendinitiative 'Buntes Leben'- Infos++



außerparlamentarische Opposition aufzubauen wie das „Nationale Bündnis“ in Dresden unter der Führung des NPD-Vorständlers Holger Apfel, der auch schon in Freiberg Nazi-Spektakel inszenierte. Mit einer Mischung aus Provokation und Pseudo-Bürgernähe heischen sie nach einem Wahlerfolg bei den Kommunalwahlen und den EU-Wahlen im Juni. Der sächsische Verfassungsschutz hat inzwischen vor der Dresdner Gruppierung gewarnt. Landesamtspräsident Stock sagte laut MDR, Mitglieder der Parteien DVU, NPD und Republikaner hätten sich zu einem „Nationalen Bündnis Dresden e.V.“ zusammengeschlossen. Er bezeichnete, so die MDR-Meldung weiter, das Bündnis als bundesweit einmaligen Fall. Bis-

her hätten rechtsextremistischen Parteien immer auf ihre Eigenständigkeit geachtet. Von den Kandidaten gehörten allein acht zur rechtsextremistischen NPD, drei zur Jungen Landsmannschaft Ostpreußens (darunter auch der Freiburger Alexander Kleber), drei zu den Republikanern sowie drei zur DVU. Der Dresdner Neo-Nazi-Verein hat bereits mehr als 100 Mitglieder. Im sächsischen Pirna stellten sich unlängst über 100 BürgerInnen mit einem Transparent vor einen NPD-Stand. Die Neo-Nazis packten ihre Sachen und verschwanden. In Freiberg reichte es bisher nur zu einem mit Straßenkreide schriftlich formulierten Protest. Vielleicht kommt der amerikanische Botschafter noch häufiger nach Freiberg.

## Nazis vor Gericht

### *Jahrelange Haft für Freiburger Brandstifter*

[fbÄ, amal] Die berufslosen Angeklagten Mario Feldmann und Dominik Kussmann haben gestanden aufgrund ihrer rassistischen Gesinnung am 18. Juli 2003 gegen 1.00 Uhr zwei Brandsätze gegen das Asylbewerberheim in der Chemnitzer Straße geworfen zu haben. Ein Fliegenschutzgitter im 2. Stock brannte völlig ab. Aufgrund ihrer ausländerfeindlichen Gesinnung, ihrem heimtückischen Vorgehen und ihren niederen Beweggründen mit dem Wissen, dass in dem Heim Menschen schlafen, lautete die Anklage gemeinschaftlich versuchter Mord und versuchte schwere Brandstiftung. Gegen Mario Feldmann gab es noch eine zweite Anklage mit dem Vorwurf der räuberischen Erpressung mit gefährlicher Körperverletzung. Nach Verlesung der Anklage durch Staatsanwalt Butzkies fand eine lange Besprechung der Kammer mit Staatsanwalt, Nebenklageanwältin und Verteidigern statt. Da die Angeklagten geständig waren, wurde auf die Vernehmung der Zeugen verzichtet. Beide Angeklagten hatten bereits einschlägige Eintragungen wegen gefährlicher Körperverletzung im Strafregister. In psychologischen Gutachten wurde beiden bescheinigt, Alkohol abhängig zu sein. Kussmann wird zu einer Jugendstrafe vom 5 Jahren und 7 Monaten verurteilt. Feldmann wird zu einer Jugendstrafe von 4 Jahren und 4 Monaten verurteilt. Es wird die Unterbringung in einer Regelmaßnahme (Entziehungsanstalt) für die Zeit von 2 Jahren angeordnet, danach weiterhin Haft. Feldmann werden die Kosten der Nebenklage und seine eigenen notwendigen Auslagen (Verteidiger) auferlegt. Die Haftbefehle für beide bleiben aufrecht erhalten. Auf Rechtsmittel wird von allen Seiten verzichtet, damit ist das Urteil mit dem heutigen Tag rechtskräftig.

### Dokumentation



# Ehrenwertes aus Freiberg

**Anmoderation:** Nicht ewiggestrig kommen sie daher, sondern auf der Höhe der Zeit. Neonazis gedeihen am besten in einem Umfeld, das sie gewähren lässt. Wie mit Neonazis in Darmstadts Schwesterstadt Freiberg in Sachsen umgegangen wird, schildert uns Walter Kuhl aus der Redaktion Alltag und Geschichte im folgenden Beitrag.

## Beitrag Walter Kuhl

Wer die Szenerie aufmerksam verfolgt, kommt an geplanten und durchgeführten Aufmärschen, Kundgebungen und Demonstrationen nicht vorbei. Neonazis mobilisieren. Am 1. Mai wollen sie in Berlin, Dresden, Leipzig und auch im Rhein-Main-Gebiet in Frankfurt ihre Idee der Volksgemeinschaft propagieren. Sie beziehen sich unverhohlen auf die Verschlechterungen der Lebensverhältnisse breiter Massen der Bevölkerung. Die Entsolidarisierung der Gesellschaft, vorangetrieben von Rot-Grün in Berlin und sekundiert von der Operation Sichere Zukunft in Wiesbaden, greift um sich. Neonazis sind nicht unbedingt tumbe Toren, die mit Parolen der Vergangenheit auf Kundenfang gehen. Sie greifen bewußt die Existenznöte der Menschen auf, die sich von der herrschenden Politik im Stich gelassen fühlen. Natürlich ist bei ihnen das raffende Kapital an allem Schuld, aber auch die Schmarotzer, die angeblich auf unsere Kosten leben. Antisemitische und antisemitische Parolen fallen immer noch – oder gerade wieder – auf fruchtbaren Boden. Neonazis verherrlichen die von der bürgerlichen Ideologie abgekupferte Idee der völkischen Gemeinschaft und die mörderischen Heldentaten der Wehrmacht. Dabei beklagen sie insbesondere die Deutschen als Opfer des Zweiten Weltkrieges, die beispielsweise unter dem alliierten Bombenkrieg gelitten hätten. Nun sind Täter keine Opfer; und gerade der kürzlich im DGB-Haus gezeigte Film Die Rollbahn über den Bau der ersten Betonbahn des Frankfurter Flughafens durch Zwangsarbeiterinnen belegt eindringlich, daß die Opfer der nationalsozialistischen Vernich-

tungspolitik diesen Bombenkrieg begrüßt haben.

In Darmstadts sächsischer Schwesterstadt Freiberg gehen Neonazis ein und aus. Deshalb wurde dort am 21. Januar der Verein Initiative gegen Extremismus gegründet. Den Vereinsvorsitz übernahm Landrat Volker Uhlig, seine erste Stellvertreterin wurde Freibergs Oberbürgermeisterin Uta Rensch. Auch sonst liest sich die Mitgliederliste wie das Who's Who der sächsischen Kleinstadt. Doch wer geglaubt hätte, daß Asylsuchende in Zukunft besser behandelt oder die Opfer rassistischer Gewalt besser geschützt werden würden, sieht sich getäuscht. Denn worum geht es dem Honoratiorenverein? Ihm liegt ganz besonders am Herzen, daß sich die Freiburger Region auch künftig weltoffen und zukunftsorientiert präsentieren kann. Offensichtlich werden Neonazibanden allenfalls unter dem Blickwinkel des Imageschadens betrachtet.



Denn nur eine weltoffene Stadt hat ein gutes Investitionsklima und gilt daher als ein attraktiver Wirtschaftsstandort. Spannend ist hierbei, daß angesichts einer schon fast alltäglich zu nennenden rechten Gewalt der Honoratiorenverein das rechte wie das linke Gedankengut zurückdrängen möchte. Denn Jugendliche, die sich den Neonazibanden in den Weg stellen, als linksextremistisch auszugrenzen, heißt, rechte und linke Gewalt unter dem formalen Blickwinkel der Gewalt und nicht der Inhalte zu betrachten. Mag ja sein, daß es für Honoratioren keinen Unterschied macht, ob ein Nazi eins auf Maul kriegt oder eine Migrantin

verprügelt wird. Denn beides ist image-schädlich. Beides trübt das Investitionsklima. Denn nur darauf kommt es an. Und nur so ist es dann auch zu verstehen, daß im vergangenen Jahr Freiburger Schülerinnen und Schüler von der Polizei gejagt, geschlagen und schließlich verhaftet wurden, nachdem sie friedlich gegen eine Propagandashow der NPD demonstriert hatten. Der Fehler dieser Schülerinnen und Schüler war, daß sie das Neonazitum geschäftsschädigend offengelegt haben. Denn zum Problem werden Übergriffe auf Migrantinnen, Schwule, Juden und Obdachlose nicht etwa, weil sie seit der Wende an der Tagesordnung sind. Sondern weil sie in Zeiten der Rezession und der verfallenden Innenstädte zur wahrnehmbaren ökonomischen Bremse werden. Wenn diese Übergriffe öffentlich werden. Insofern ist es nur konsequent, wenn sich die Freiburger Honoratorinnen und Honoratioren zusammen-

tun, um das Investitionsklima durch ein verbales Programm gegen Rechts- und Linksextremismus zu verbessern. Alternative Jugendprojekte hingegen, welche die Perspektive eines emanzipatorischen Lebens gegen die Täter vermitteln könnten, werden ökonomisch ausgetrocknet. Und warum? Alternative Projekte schaffen keine Kaufkraft. Und deshalb werden

sich auch zukünftig Neonazis angesprochen fühlen und gerne in das reizende Städtchen am Rande des Erzgebirges kommen.

Wer mehr darüber wissen möchte, sollte sich nicht durch die schnuckeligen Artikel von Sabine Ebert im Darmstädter Echo blenden lassen, sondern Freibergs alternative Zeitung, den FreibÄrger, lesen; im Internet zu finden unter [www.freibaerger.de](http://www.freibaerger.de).

**Abmoderation** Ein Beitrag von Walter Kuhl für Radio Darmstadt. Gesendet am 14.03. und 15.03.2004.

Demnächst nachzulesen im Internet unter [www.wkradiowecker.de.vu](http://www.wkradiowecker.de.vu).

Wahlen 2004+Wahlen 2004+Wahlen 2004+Wahlen 2004+Wahlen 2004+Wahlen 2004

## Mehr Bürgernähe...

### Gespräch mit Elke Koch von Bündnis'90/Die Grünen

**FbÄ:** Sie kandidieren für den Stadtrat in Freiberg und den Landtag in Dresden für die Partei „Bündnis '90/Die Grünen“! Warum?

**Elke Koch:** Weil ich für solche Politikziele wie nachhaltige Entwicklung und Bürger-Kommune etwas tun möchte.

**FbÄ:** Können Sie weitere Schwerpunkte Ihrer Politikbenennen?

**Elke Koch:** Eines der wichtigsten Ziele ist Bürgernähe, das andere ist Ökologie. Das heißt aber

nicht, was man normalerweise unter ökologischer Spinnerei versteht, sondern zum Beispiel so etwas wie regenerative Energien, was in Freiberg auch unheimlich viele Arbeitsplätze schafft hat.

**FbÄ:** Was kann man in Freiberg besser machen? Was kann man von den Grünen erwarten, einmal im Stadtrat und zum anderen im Landtag, in dem die Grünen ja noch nicht vertreten sind?

**Elke Koch:** Also eines ist für beide Gremien wichtig, das ist die Bürgernähe. Das zeigt sich ja auch darin, dass sich jetzt verschiedene Bürger zu Gruppen zusammengefunden haben, die sich gleichfalls zur Wahl stellen. Das heißt man fühlt sich als Bürger nicht unbedingt vertreten von denen, die heutzutage im Stadtrat oder auch im

Landtag sitzen. Eins, wofür ich immer eingetreten bin, ist, Möglichkeiten für die Jugend zu schaffen, Jugendsozialarbeit zu machen. Ein anderer Punkt ist das Sächsische Kommunalabgabegesetz. Damit hat die CDU-Mehrheit den Kommunen und dem einzelnen Bürger eine Zwangsjacke angelegt. Hier muss Änderung her. Generell sind Verbesserungen in der Kinderbetreuung und in der Bildungspolitik nötig.

**FbÄ:** Sie haben schon einmal für die SPD im Stadtrat gesessen. Können Sie ganz kurz sagen, warum Sie nicht mehr für die SPD kandidieren.

**Elke Koch:** Ich kann es ganz kurz so sagen, dass ich meine Wünsche und Ziele nicht geändert habe. Ich habe mir nur dafür den passenderen Rahmen gesucht.

**FbÄ:** Eines Ihrer Ziele betraf ja den Themenbereich „Ökologie“, da würde den FreibÄrger interessieren, welche Auffassung Sie zu der geplanten Umgehungsstraße haben.

**Elke Koch:** Gegen diesen geplanten Verlauf der Umgehungsstraße bin ich auch schon früher im Stadtrat aufgestanden, weil das ein Verlauf ist, der viel zu viel kaputt macht. Das geht nicht. Man kann über eine Umgehungsstraße sicher nachdenken, aber es gibt die Aussage, dass Straßenverkehr erst schaffen und nicht vom Verkehr entlasten. Wenn wir also hier neue Straßen bauen, dann schaffen wir uns mehr Verkehr anstatt weniger. Mit der Umgehungsstraße kommen nur neue Probleme. Außerdem: wird bei der weiteren Bevölkerungsabnahme langfristig überhaupt eine Umgehungsstraße gebraucht?

**FbÄ:** Wir behaupten ganz frech und frisch, dass diese Stadt viel zu wenig für ihre Jugend tut. Nur PI-Haus ist zu wenig. Insbesondere fehlt ein ansprechendes Angebot für junge Menschen zwi-

schen 18 und 21 Jahren, also gerade für die Klientel, aus der in letzter Zeit schwerste Straftaten von rechtsgerichteten Menschen verübt worden sind.

**Elke Koch:** Da kann ich erst einmal nicht widersprechen. Wir haben im Augenblick die Situation, dass die Mittel für Jugendarbeit weiter gekürzt werden oder wurden. Sowohl vom Land als auch vom Kreis und von der Stadt. Das kann nicht die Entwicklung sein, die hier gewollt ist; denn Jugendangebote, das weiß jeder, das muss sein und wenn ich bedenke, dass zum Beispiel der Schloßclub und das „Bunte Haus“ schon eine ganze Weile zu haben, wenn ich höre, dass das PI-Haus dabei ist, sich eine andere Konzeption zu überlegen, um unabhängiger zu werden, um eine gewisse Planungssicherheit zu haben und wir damit immer weniger Angebote in der Stadt haben werden, wenn das so weitergeht. Das kann keine gute Entwicklung sein. Sicher gibt es genug Jugendliche, die sich auch ohne Club ihre Zeit sehr gut vertreiben können. Aber wir müssen aufpassen, dass wir nicht sämtliche Freizeitangebote für Jugendliche nur im kommerziellen Bereich haben. Das kann es nicht sein. Wir brauchen auch nicht-kommerzielle Angebote. Das, was jetzt in der Stadt passiert, die Streetwork-Arbeit, ist wichtig und auch gut. Es muss aber auch gleichzeitig Räume geben, wo sich Jugendliche treffen und wo auch Angebote gemacht werden können, wo man echte Jugendsozialarbeit machen kann.

**FbÄ:** Welche Schwerpunkte würden Sie in Ihrer politischen Arbeit noch setzen? Was liegt Ihnen noch besonders am Herzen?

**Elke Koch:** Ich habe in Freiberg auch im Rahmen der Agenda 21 gearbeitet. Für mich ist ein Ziel, die Arbeit weiter zu unterstützen. Der Verein ist ja jetzt sehr aktiv und hat mit einigen Sachen auch Erfolg. Ein weiterer Schwerpunkt für ein Engagement meinerseits ist, dafür zu sorgen, dass in Freiberg das Theater auf jeden Fall erhalten bleibt.

## Wähler(innen) als Partner gewinnen...

### Gespräch mit Elke Altmann von der PDS

**FbÄ:** Frau Altmann, Sie kandidieren bei den Kommunalwahlen in Freiberg und den Wahlen zum sächsischen Landtag für die PDS. Gibt es einen Grund, warum Sie für die PDS kandidieren?

**Elke Altmann:** Warum ich für die PDS kandidiere, ist eigentlich ganz einfach. Ich bin schon seit meinem 18. Lebensjahr Mitglied der SED und es gab für mich auch in der Wendezeit keinen Grund aus dieser Partei auszutreten. Ich finde es viel wichtiger innerhalb der PDS dafür zu sorgen, dass die PDS für immer mehr Menschen zu einem Partner wird, mit dem gemeinsam die Leute vor Ort für ihre Interessen eintreten können. Ich denke in der Beziehung gibt es auch innerhalb der PDS genug zu tun. Deswegen kandidiere ich noch weiterhin für die PDS.

**FbÄ:** Was sind Ihre wichtigsten Ziele, die Sie für Ihre Wähler(innen) durchsetzen wollen?

**Elke Altmann:** In der Stadt ist es mir besonders wichtig, dass im Bereich Jugendarbeit nicht wei-

ter gekürzt wird. Es ist ja vor kurzem der zweite sächsische Jugendbericht herausgekommen. In dem wird ja ganz deutlich, dass es nicht zu vertreten ist, dass in diesem Bereich immer mehr Mittel gestrichen werden, weil dadurch die wenigen Jugendeinrichtungen, die es zur Zeit in Sachsen und im Kreis Freiberg gibt, keine Überlebenschancen haben.

**FbÄ:** Der FreibÄrger vertritt zum Beispiel die Auffassung, dass in dieser Stadt so gut wie nichts für die Jugend getan wird. Insbesondere meinen wir auch die Altersgruppe der 18-21-jährigen. Für die gibt es gar nichts, außer den paar Diskotheken, die mehr schlecht denn recht sind.

**Elke Altmann:** Ich finde auf jeden Fall wichtig, dass solche Einrichtungen wie das PI-Haus auch weiterhin so finanziell ausgestattet werden, dass sie ihre Arbeit wie bisher weiter machen können. Nun ist das PI-Haus für die Jugendlichen unter 18 Jahren. Was ich aber auch ganz schlecht finde ist,

dass es in Freiberg überhaupt keine richtige offene Jugendszene, gerade für die älteren gibt und auch keine selbstverwalteten Jugendeinrichtungen. Die ganze alternative Jugendszene ist in den letzten Jahren kontinuierlich aus Freiberg vergrault worden, weil die für die Leute in der Stadtverwaltung unbequem sind, weil sie eigene Vorstellungen und eigene Ansätze von Jugendarbeit haben und weil sie sich in Bereichen engagiert haben wie zum Beispiel gegen Rechts.

**FbÄ:** Das war den Verantwortlichen wohl ein Dorn im Auge?!

**Elke Altmann:** So weit ich das miterlebt habe, passte das den Verantwortlichen nicht. Die Verantwortlichen haben noch gar nicht begriffen, dass ihnen zum Beispiel von Jugendclubs wie „Barrikade“ oder „Schloss“ viel Arbeit abgenommen wurde, weil die Jugendlichen sich selbst organisieren und auch lernen selber Verantwortung zu tragen.. Ich finde solche Jugendein-

richtungen mindestens genau so wichtig wie zum Beispiel das PI-Haus, wo die Jugendlichen ganz viel unter Anleitungen und mit Sozialarbeitern machen.

**FbÄ:** Ein anderes Problem, mit dem die Bevölkerung der Stadt Freiberg zu tun haben wird, ist die Frage nach Sinn und Zweck des Baus einer Umgehungsstraße. Wie stehen Sie zu der Frage, ob Freiberg eine Umgehungsstraße benötigt oder nicht?

**Elke Altmann:** Meine ganz persönliche Meinung dazu ist: ich bin nicht für den Bau einer Umgehungsstraße. Ich bin bei der Verkehrsinfrastruktur immer mehr dafür, dass bestehende Straßen so ausgebaut werden, dass sie in einem ordentlichen Zustand sind. Ganz speziell zu Umgehungsstraßen weiß ich, dass es so ist, dass Umgehungsstraßen kurzfristig den Verkehr um die Stadt herum lenken. Das hat aber auf der anderen Seite den Effekt, dass die Innenstädte meistens noch mehr veröden als es jetzt schon der Fall ist. Den Nachteil davon haben die Händler innerhalb der Stadt. Der Bumerang ist, dass dann aber trotzdem nach Ablauf von etwa zwei bis drei Jahren der Verkehr genauso durch die Stadt fließt wie vor dem Bau der Umgehungsstraße. Ich denke, das rechtfertigt in keinem Fall den Flächenverbrauch, den Naturverbrauch wie Baumrodungen oder die Vernichtung von landwirtschaftlichen Nutzflächen. Freiberg kommt auch ganz gut ohne Umgehungsstraße aus.

**FbÄ:** Als Landtagsabgeordnete, die Sie ja auch sind, sehen Sie vielleicht fast täglich den größten Widersacher des Freiburger Theaters, den Ministerpräsidenten Georg Milbradt von der CDU. Wie ist Ihre Position zum Erhalt des Theaters und wie steht Ihre Partei dazu?



**Elke Altmann:** Dazu hat die PDS in Sachsen eine klare Position, die in diesem Fall auch mit meiner übereinstimmt. Als PDS haben wir uns immer dafür eingesetzt, seit dem es das Kulturraumgesetz gibt, was etwas sehr Positives ist und sonst in keinem anderen Bundesland existiert, dass kulturelle Einrichtungen im ländlichen Raum und

kleinere Einrichtungen, wie das Freiburger Theater, auf jeden Fall erhalten bleiben müssen. Über eine Dynamisierung der Kulturraummittel könnte auch das Freiburger Theater eigenständig überleben. Ich finde es arrogant und empfinde es als eine Frechheit, wenn der Ministerpräsident Milbradt in Freiberg sagt, die Freiburger sollten zum Theater nach Chemnitz oder Dresden fahren.

**FbÄ:** Zum Abschluss noch die Frage: welches politische Problem brennt ihn ganz persönlich unter den Nägeln?

**Elke Altmann:** Das Problem hat direkt etwas mit meiner Arbeit im sächsischen Landtag zu tun. Dort bin ich agrarpolitische Sprecherin der PDS-Fraktion. Ich finde es unvernünftig, dass der Selbstversorgungsgrad mit Lebensmitteln in Sachsen immer weiter herunter geht. So liegt die Versorgung mit Schweinefleisch inzwischen bloß noch unter 30 %, beim Rindfleisch bei etwa 40 %. Auf der einen Seite werden immer mehr Lebensmittel aus der ganzen Welt nach Sachsen eingeführt und auf der anderen Seite müssen immer mehr Landwirte, insbesondere Tierproduktionsbetriebe, ihre Produktion aufgeben, weil sie ihre Produkte auf dem Markt nicht mehr absetzen können. Ich denke, es gibt auch Möglichkeiten in Sachsen durch einen gezielten und gebündelten Fördermitteleinsatz landwirtschaftliche Betriebe zu erhalten.

## Post an den FreibÄrger

Zum Freibärger Nr. 36 – Artikel „Hat die PDS denn je eine Chance?“, S. 8

Liebe Luise Kraushaar,

Viele Jahre habe ich mit großem Interesse und Anteilnahme den „FreibÄrger“ gelesen, obwohl er nun sicher nicht für meine Generation bestimmt ist. Besonders das konsequente Auftreten gegen alle Formen des Rechtsradikalismus, Neofaschismus, gegen Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass hat mich überzeugt. Nun hast Du Dich unter der Rubrik „Wahljahr 2004“ (Nr. 36 Seite 8) unter dem Thema „Hat die PDS denn je eine Chance?“ geäußert. Gegen einige von Dir vorgetragene Ansichten hätte ich Einwände, die ich Dich bitte einmal zu bedenken. Ich will mich auf drei mir wesentlich erscheinende Gesichtspunkte beschränken.

1. Dass es unter Linken - ich denke ich darf uns beide dazu rechnen - unterschiedliche Meinungen auch zu manchmal grundsätzlichen Fragen gibt, halte ich für durchaus normal und kann im gemeinsamen Kampf gegen Neoliberalismus und die sozialen Folgen der Globalisierung durchaus förderlich sein. Schlimm wird es nur, wenn ein Diskussionspartner im Bewusstsein eigener Ausschließlichkeit dem anderen die Existenzberechtigung abspricht. Hier tritt ein altes Übel besonders bei deutschen Linken auf, ein Schuss politischer Hochmut. Das hat in der Ge-

schichte zur Zersplitterung und Schwächung der Linken geführt. Denke nur an die vielen kommunistischen Parteien und Gruppen in den alten Bundesländern, von denen jede für sich in Anspruch nahm, im Besitz der „reinen Lehre“ zu sein und die so alle über ein bescheidenes Sektendasein nicht hinauskommen. Den Gedanken auf eine „unfeierliche“ Auflösung der PDS (und der DKP gleich mit) mit dem als bindend angesehenen Diktum Max Horkheimers zu verbinden, ist ohne Zitat und Beleg ein „reines Totschlagargument“. Ich bilde mir ein, mich in den grundlegenden Ansichten der Frankfurter Schule

ein ganz klein wenig aus-zukennen. Horkheimers Bemerkung zu „zeitgemäßen Methoden zur Bildung unzeitgemäßer Kollektive, die den Einzelnen in echter Solidarität zu bewahren vermögen, bezieht sich auf ganz andere Zeitumstände als die heutigen. Und du, liebe Luise Kraushaar, bleibst Deinen Lesern Deine Meinung schuldig, was nun heute diese „unzeitgemäßen Kollektive“ der Linken sein sollen, wenn es PDS oder DKP nicht sind. Auch musst Du bedenken, dass manche Deiner Leser mit Max Horkheimer nicht so ganz genau Bescheid wissen, er also als „Autoritätsbeweis“ nicht so geeignet er-



scheint. 2. Sicher ist eine Regierungsbeteiligung einer linken Partei im Kapitalismus immer problematisch. Da gebe ich Dir schon recht. Zu bedenken gebe ich, dass man nach einem Wähler-votum (wie in Berlin im Oktober 2001), das eine solche Beteiligung möglich macht, sich dem Wählerwunsch verschließt, man natürlich auf die Dauer unglaubwürdig wird. Das Grundproblem ist gar nicht so sehr, meine ich, ob Beteiligung oder nicht, sondern wie man sich in einer solchen Regierungskoalition verhält. Das heißt, klar ist, dass Kompromisse mit dem zahlenmäßig stärkeren Partner unerlässlich sind. Die Grundfrage ist, welche Kompromisse sind notwendig, also zulässig und wo muss die Grenze der Kompromissbereitschaft um der Sache willen liegen. Wann muss man nötigenfalls im Interesse der Wahrung der eigenen politischen Identität - auch mit Rücksicht auf die eigenen Wähler - austreten. Das ist die eigentliche Frage, und darüber wird meines Wissens auch in der Berliner PDS, die Dich ja besonders aufregt, heftig diskutiert und auch gestritten. Wenn Du Dich, wie mir scheint, ein wenig für theoretische Fragen interessierst, könnte ich Dir einen Tipp geben. Vor 84 Jahren (1920) hat Lenin eine Schrift: „Der linke Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus“ vor allem für westeuropäische Kommunisten geschrieben. Wenn man das heute liest, spürt man sofort, wie aktuell die aufgeworfenen Fragen sind. Die drei wichtigsten lauten: Soll man sich an Wahlen zu den bürgerlichen Parlamenten beteiligen, und wie soll man sich in diesen verhalten; dazu eine Kritik der linksradikalen Losung „keinerlei Kompromisse“ und schließlich warum müssen Linke in den großen Gewerkschaften arbeiten, auch wenn deren Führer manchmal „reaktionär“ sind! (Lenin Werke Band 31, Dietz-Verlag Berlin 1959, Seite 5-91)

3. Dass Du es charmant findest, wenn die Bundesregierung ein Verbotsverfahren gegen die PDS anstrengen würde, ist einfach makaber. Bist Du Dir eigentlich im klaren, in welcher illustren Gesellschaft Du Dich mit solchen Äußerungen befindest? Da würden sich auch alle Rechten, die im FreibÄrger immer so konsequent attackiert werden, freuen. Und in allen Parteien, von schwarz bis grün, findest Du da „treue Bundesgenossen“. Und das wirst Du ja wohl nicht wollen. Es gäbe noch manches zu diskutieren. Für heute genug. Im übrigen hoffe ich - trotz alledem -, dass Du bei den kommenden Wahlen 2004 Deine Stimme der PDS gibst und auch viele Deiner Freunde überzeugst, das gleiche zu tun. In diesem Sinne grüßt Dich

**Harro Uhlmann**

Die Tootsies (6)

## Der Traum des Mario Katzenhai

Kommissar Mario Katzenhai war in seinem Nappaledersessel eingeschlafen und war heftigen Träumereien ausgesetzt. Er durchlebte alle Phasen seiner menschlichen Existenz. Nicht verarbeitete Konflikte und Wünsche kamen auf dem Umweg des Traums in sein Bewusstsein. Er sieht sich als kleiner Junge, den grausamen Liebesentzügen seiner Mutter ausgesetzt, er kämpft in der Pubertät gegen seinen übermächtigen Vater. Er hat Visionen von einem Engel, der sich am Fenster stehend als Sehnsucht vorstellt und immerzu lächelt. Katzenhai träumt sich als der „Kleine Prinz“, als Robot-Cop und immer wieder als winning loser in Liebschaften verstrickt. Trivialste Schlager begleiten ihn bei seinem Streifzug durch seine Disco-Zeit, seine zahllosen Liebschaften und der verlorenen Zeit mit ihren Phantastereien vom großen Glück. „Where are you? I

love you...I had a dream of a place far away. I followed a river where the dead man would play. And I'm leaving in the morning. Those big black diamonds that lie there for me. By the tall white mountains which lie by the sea" - der Song hatte ihn sooft verfolgt. Schmalz der Jugend. Neben materiellen Wünschen taucht das Motiv des gesellschaftlichen Aufstiegs immer wieder im Traum auf. Kommissar Katzenhai rutscht im Schlaf den Sessel auf und ab. Er sieht sich als Held, der die ganze Republik vor dem großen Feind des Terrors rettet. Hier verstricken sich Elemente seiner Anti-Terrorausbildung mit wirklich Erlebtem. Da wird der kleine punkige

Hausbesetzer und schäbige Drogendealer aus Freiberg zum Top-Terroristen und Katzenhai phantasiert sich in Polizeihubschraubern über der Stadt kreisend, ein Maschinengewehr im Anschlag oder mit dem berittenen Sonderkommando eine ganze Hanfplantage in Kleinschirma niederreitend. Hatte er nicht sogar der RAF und deren anti-imperialistischen Kampf ein Ende gesetzt? Eine dumpfbackige Glatzentruppe aus Friedeburg mutiert zu einem Haufen reinkarnierter Adolfs, die nur durch seinen Einsatz von der Errichtung eines vierten 1001-jährigen Reiches abgehalten werden können. Am Ende steigt Katzenhai auf das Siegerpodest und der höchste Repräsentant der Republik reicht ihm die Ernennungsurkunde zum obersten Polizisten aller Zeiten. Tigerente steht neben dem Podest und übergibt ihm ei-



nen riesigen Strauß roter Rosen, wobei sie ihn herzlich küsst. Der Funkwecker reißt Katzenhai mit einem impertinenten Summen aus all seinen Träumen. Das Nappaleder ist nass geschwitzt, die Sessellehne leicht angekauert. Katzenhai schleicht sich völlig zernervt zu seinem Arbeitsplatz. Dort findet er ein Fax von Volker Nieheinz, der Auskunft über einen bestimmten Personenkreis erbittet. Währenddessen genießen die Tootsies ein Frühstücksbuffet für umsonst, jede/r von ihnen hatte etwas Leckeres besorgt. Manch eine besorgte Kassenfrau hatte die jungen Leute mit einem Freibon passieren lassen. So machte Leben Spaß.

*Übereinstimmungen mit real existierenden Personen und tatsächlichen Begebenheiten sind rein zufällig und nicht beabsichtigt. H.P.*

Nächste Folge: Die Tootsies leben ihre Träume!

## Veranstaltungstips

**Mehr Sicherheit durch weniger Freiheit?**  
Anti-Terror-Kampf auf Kosten der Bürgerrechte ?

**Dr. Rolf Gössner**  
Rechtsanwalt, Publizist und Präsident der  
„Internationalen Liga für Menschenrechte“



am 4. Mai 2004 um 19 Uhr  
Kunsthandwerkerhof Freiberg  
Burgstraße 19

Veranstalter:



## Boggle - Turnier am 8. Mai im Antik-Cafe (Waisenhausstraße) ab 15.00

Nette Leute mit Witz und Esprit. Den GewinnerInnen winken lohnenswerte Preise

## Rätsel-Eckchen

Was steckt so alles d'rin?

N	A	R	T
Z	O	P	F
I	S	T	E
S	E	N	L

## Boggle für alle

Mensch suche mindestens 4-buchstabile Wörter [nach oben keine Grenze]. Die Buchstaben müssen (benachbart) miteinander verbunden sein. Ein Buchstabe darf in einem Wort nicht zweimal benutzt werden. Eigennamen, geografische Begriffe, Abkürzungen - müssen leider draussen bleiben. Es geht alles, was im Rechtschreibduden gefunden wird. Wer die meisten Wörter-Punkte erzielt (4 Buchstaben- 1 Punkt, 5 Buchstaben- 2 Punkte, usw.), der/die erhält einen Brunch-Gutschein für das Antik-Cafe (6,50 EUR)! Beim Boggle-Turnier am April im Antik-Cafe wurde Frau Susanne Büniger zum zweiten Mal Stadtmeisterin vor Katja Schilk. Herzlichen Glückwunsch und allzeit "Gut Boggle!"

**Impressum** V.i.S.d.P.: Andreas Koch, Freiberg Anschrift der Redaktion: FreibÄrger, Haus der Demokratie, Bebelplatz 3, 09599 Freiberg e-mail: freibaerger@gmx.net Internet: www.freibaerger.de Druck & Verlag: Eigendruck und Selbstverlag Satz & Layout: Katmatray, Freiberg Erscheinungsweise: zweimonatlich Hinweise: Bildrechte bei FbÄ-Archiv! Dieses Projekt erwirtschaftet keine Gewinne. UnterstützerInnen: Arbeitskreis Ausländer und Asyl Freiberg e.V., Linke StudentInnen Gruppe, Arbeitslosenzeitung "Quer", PDS-Kreisverband Freiberg, Bürgerinitiative "Kein Nazizentrum in Gränitz und auch nicht anderswo!", Einzelpersonen aus Brand-Erbisdorf, Eppendorf, Freiberg, Kleinschirma, Langenau, Tuttendorf und Zug.